



GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER



## Jahresbericht 2012

Eine Stimme für Verfolgte.

# Inhalt

- 3 Editorial**
- 4 GfbV-Kampagnen und -Projekte**
- 17 Leistungsbericht Finanzen**
- 18 Bilanz und Erfolgsrechnung**
- 19 Rechnung über die Veränderung des Kapitals 2012**
- 20 Anhang zur Jahresrechnung 2012**
- 22 Team 2012**
- 23 Vorstand 2012**

**Titelfotos** (von oben links nach unten rechts): Protestaktion vom 19. Juni 2012 gegen den Staudamm Belo Monte am Rio+20-Gipfel in Rio de Janeiro (Brasilien); Einreichung der Petition «War Crimes Unit» am 19. März 2012 in Bern; Einreichung der Petition «Recht ohne Grenzen - Konzerne an die Leine» vom 13. Juni 2012 in Bern; Sandya Eknaligoda an der GfbV-Podiumsdiskussion vom 30. August 2012 in Bern; Kayapó-Häuptlinge Bemoro, Raoni und Megaron anlässlich der internationalen Pressekonferenz in Genf vom 10. Dezember 2012; Chinesischer Dissident Harry Wu an der Podiumsdiskussion der China-Plattform vom 12. September 2012 in Zürich (alle Fotos: GfbV, ausser Harry Wu: Lingjing Bao, Talk Radio News).

# Editorial

Geschätzte Mitglieder und Sympathisierende der GfbV,

Dass Sie den GfbV-Geschäftsbericht für das Jahr 2012 erst jetzt, im Oktober 2013, in den Händen halten können, hat triftige Gründe: Ende 2012 haben wir entdeckt, dass die GfbV Opfer einer substanziellen Veruntreuung geworden ist. Unsere Organisation, die sich seit bald 25 Jahren für indigene Bevölkerungsgruppen und Minderheiten einsetzt, wurde finanziell massiv geschädigt – so sehr, dass wir eine Reihe von einschneidenden Massnahmen ergreifen mussten, um das Überleben der Organisation sicherzustellen. Unter anderem musste einer Mitarbeiterin gekündigt werden, eine frei gewordene Stelle konnte nicht besetzt werden und die Arbeitspensen von mehreren Mitarbeitenden mussten bis hart an die Schmerzgrenze reduziert werden. Das Budget 2013 wurde drastisch reduziert. Die Veruntreuung sowie ausserordentliche Wert- und Aufwandsberichtigungen schlugen sich nun in der Jahresrechnung 2012 nieder (vgl. Finanzbericht ab Seite 17). Die Auswirkungen des Sparprogramms werden aber erst in der Jahresrechnung 2013 wirksam.

An einen geregelten Betrieb war unter diesen Umständen in den ersten Monaten des neuen Jahres nicht zu denken. Die Arbeiten am Jahresabschluss haben sich verzögert und die Mitgliederversammlung musste auf den 23. Oktober verschoben werden. Dafür bitten wir Sie um Verständnis. Wir setzen alles daran, dass wir im nächsten Jahr wiederum spätestens im Mai Rechenschaft über das verflossene Jahr ablegen können.

## **Dabei hatte alles so gut begonnen...**

Der vorliegende Geschäftsbericht zeigt eindrücklich, was die GfbV im vergangenen Jahr auf inhaltlicher Ebene geleistet hat. Erste Verdachtsmomente über die Veruntreuung kamen kurz vor Weihnachten 2012 auf und überschatteten das Engagement und die Arbeit der GfbV in den elfeinhalb Monaten zuvor.

Wir haben befürchtet, dass die Veruntreuung unseren Ruf beschädigen würde – dem ist offensichtlich nicht so. Im Gegenteil – wir haben viel Solidarität, Hilfsbereitschaft und Unterstützung erfahren. Das hat uns bestärkt und wir haben trotz finanzieller und personeller Engpässe alles daran gesetzt, unser Engagement für indigene Gemeinschaften und Minderheiten aufrecht zu erhalten.

Für das grosse Vertrauen, die Ermutigungen, die Spenden von institutionellen Geldgebern und Stiftungen, die Extra-Zuwendungen und die aufgerundeten Mitgliederbeiträge bedanken wir uns herzlich. Wir wissen heute mit Sicherheit, dass wir unsere Menschenrechtsarbeit kompetent weiterführen werden.

Dank Dir – dank Ihnen!



Ruth-Gaby Vermot-Mangold  
*Präsidentin*



Christoph Wiedmer  
*Geschäftsleiter*

# Menschenrechtssituation in Sri Lanka weiterhin besorgniserregend

**Auch drei Jahre nach dem Ende des Krieges ist die Menschenrechtssituation in Sri Lanka äusserst besorgniserregend: Kritische Journalisten oder Menschenrechtsaktivisten werden eingeschüchtert oder verschwinden spurlos. Auch der UNO-Menschenrechtsrat ist besorgt.**

Im März 2012 hat der UNO-Menschenrechtsrat eine Resolution verabschiedet, mit der Sri Lanka aufgefordert wird, mutmassliche Kriegsverbrechen der letzten Phase des Bürgerkrieges, die 40 000 Menschenleben gefordert hat, zu untersuchen, Kriegsverbrecher zu bestrafen und glaubwürdige Schritte zu unternehmen, um die Straflosigkeit zu bekämpfen und die Menschenrechtssituation zu verbessern. Im Vorfeld

der Abstimmung hat die GfbV zusammen mit weiteren Menschenrechtsorganisationen am UNO-Menschenrechtsrat einen «Side Event» mit sri-lankischen Aktivistinnen und Aktivisten organisiert, um über die Menschenrechtssituation in Sri Lanka zu berichten. Die Teilnehmenden, darunter Sandya Eknaligoda, wurden dabei während und nach der Veranstaltung von der sri-lankischen Delegation massiv bedroht und eingeschüchtert. Die GfbV hat in einem Brief an die UNO-Menschenrechtskommissarin Navi Pillay gegen dieses Verhalten protestiert. In den Tagen nach der GfbV-Veranstaltung erhielten in der Schweiz lebende Tamilen Morddrohungen von anonymer Seite. Die GfbV forderte den Bundesrat auf, unverzüglich Ermittlungen über die Urheberchaft aufzunehmen und die Betroffenen zu schützen.

Einschüchterung und Verschwindenlassen ist in Sri Lanka an der Tagesordnung: Der sri-lankische Menschenrechtsaktivist Herman Kumara, mit dem die GfbV zusammenarbeitet, wurde im März 2012 mehrmals bedroht und entkam zweimal knapp der Entführung. Kumara ist Koordinator des National Fisheries Solidarity Movement (NFSM), welches sich gegen den Bau eines Luxus-Ferienresorts auf der Insel Vellai in der Kalpitiya Dutch Bay zur Wehr setzt. Nur wenige Wochen vor den Einschüchterungsversuchen berichteten Schweizer Medien über das Tourismusprojekt, an dem auch ein Schweizer Reiseveranstalter beteiligt ist. Das NFSM kritisiert, die Insel, auf der das Resort gebaut werden soll, sei von Fischern bewohnt – diese seien über das Projekt nicht informiert und müssten die Insel verlassen, falls das Resort realisiert werde.

## **GfbV fordert die Einstellung der Rückschaffungen nach Sri Lanka**

Die britische Zeitung «The Guardian» sowie die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International berichteten 2012 von zahlreichen Fällen willkürlicher Inhaftierung und Folter an tamilischen Rückkehrerinnen und Rückkehrern aus Europa. Die GfbV hat im Juni auf Grund dieser Berichte und angesichts der prekären Menschenrechtssituation in Sri Lanka das Bundesamt für Migration (BFM) aufgefordert, Menschen tamilischer Herkunft nicht aus der Schweiz wegzuweisen und auf Rückschaffungen nach Sri Lanka zu verzichten.

### Capacity-Building für junge Tamilinnen und Tamilen

Mit ungefähr 47 000 Personen lebt in der Schweiz einer der weltweit grössten Diaspora-Gemeinschaften sri-lankischer Herkunft. Gut ein Drittel ist in der Schweiz geboren und gehört damit zur zweiten Generation. Mit einem Capacity-Building-Projekt sollen junge Tamilinnen und Tamilen befähigt werden, innerhalb der tamilischen Diaspora eine aktive Rolle zu übernehmen. Während des Capacity-Building-Trainings sollen tamilische Secondos und Secondas Schlüsselkompetenzen für ihre gesellschaftliche Integration und politische Partizipation erwerben. Dabei werden Themen wie politische Partizipation, Networking, Projektmanagement, Mobilisierung, Mediation oder Leadership behandelt. Das Capacity-Building-Training startete im Mai 2012 und wird im Jahr 2013 weitergeführt.



#### «Wo ist Prageeth?»

Der kritische, sri-lankische Journalist und Karikaturist Prageeth Eknaligoda wird seit Januar 2010 vermisst. Er verschwand im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen auf dem Nachhauseweg. Auf Nachfragen seiner Ehefrau Sandya Eknaligoda (im Bild) über seinen Verbleib, erklärten die sri-lankischen Behörden, Prageeth habe sie verlassen und lebe im Ausland – wo genau, wollten ihr die Beamten allerdings nicht sagen. Sandya glaubt nicht an diese Geschichte. Vielmehr ist sie überzeugt, dass Prageeth wegen seiner kritischen Haltung der sri-lankischen Regierung gegenüber verschleppt wurde. Unter dem Slogan «Wo ist Prageeth?» hat die GfbV am 30. August eine Podiumsdiskussion in Bern veranstaltet, an der auch Sandya Eknaligoda teilgenommen hat.

# Kampf gegen die Straflosigkeit und die Rolle der Schweiz

**Nur wenn Straftaten auch international verfolgt werden, kann sich das Recht durchsetzen. Insbesondere bei Kriegsverbrechen braucht es ein entschlossenes Vorgehen der internationalen Staatengemeinschaft. Denn es darf nicht sein, dass sich Kriegsverbrecher ihrer Strafe entziehen können. Auch die Schweiz ist gefordert.**

2011 hat die GfbV gemeinsam mit der Menschenrechtsorganisation TRIAL öffentlich gemacht, dass der für die Schweiz zuständige sri-lankische Vize-Botschafter in Berlin, Jagath Dias, mutmasslich an Kriegsverbrechen beteiligt war. Nachdem die GfbV und TRIAL bei der Bundesanwaltschaft Strafanzeige gegen den Ex-General, der während der blutigen Schlussoffensive die 57. Division der sri-lankischen Armee befehligte, eingereicht hatten, zog ihn die sri-lankische Regierung aus Berlin ab. We-

gen seiner diplomatischen Immunität konnte Dias unbehelligt nach Sri Lanka zurückkehren.

Auch der mutmassliche sri-lankische Kriegsverbrecher Shavendra Silva musste Ende Februar 2012 einen prestigeträchtigen Posten räumen: Silve demissionierte als Mitglied des Beratergremiums für friedenssichernde Massnahmen von UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon. Zuvor hatte die GfbV mit weiteren Menschenrechtsorganisationen Ban Ki-Moon aufgefordert, Silva aus dem Gremium auszuschliessen. Silva spielte eine zentrale Rolle im brutalen Feldzug gegen die Rebellengruppe LTTE, welcher über 40 000 zivile Opfer forderte und bei dem fundamentale Prinzipien des humanitären Völkerrechts missachtet wurden.

## **Grossbritannien lässt mutmasslichen Kriegsverbrecher ziehen**

Im April 2012 berichtete die britische Zeitung «The Guardian», der britische Aussenminister William Hague weigere sich, strafrechtliche Schritte gegen den mutmasslichen Kriegsverbrecher Prasanna De Silva einzuleiten. Der an der sri-lankischen Botschaft in London als militärischer Berater akkreditierte De Silva konnte so Anfang Mai Grossbritannien unbehelligt verlassen und nach Sri Lanka zurückkehren. Die GfbV hatte zuvor zusammen mit dem European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) und TRIAL die britischen Behörden aufgefordert, De Silvas Immunität aufzuheben und Ermittlungen gegen De Silva aufzunehmen. Die drei Organisationen haben die Rolle De Silvas in einem ausführlichen Hintergrunddossier aufgearbeitet. Das britische Aussenministerium erklärte, Anschuldigungen genügten nicht, um die Immunität eines Diplomaten aufzuheben. Damit die britische Regierung aktiv werden könne, brauche es konkrete Beweise. Für die GfbV ist klar: Den britischen Behörden fehlte der politische Wille, um ein Strafverfahren gegen den sri-lankischen Diplomaten zu eröffnen. Offenbar wollte Grossbritannien keine diplomatische Verstimmung mit Sri Lanka provozieren. Es wäre Sinn und Zweck eines Ermittlungsverfahrens gewesen, die Verantwortung von De Silva zu prüfen und allfällige Beweise zu sichern.



Foto: GfV

### Kriegsverbrechern keine Zuflucht bieten!

Nebst einem klaren politischen Willen brauchen die Behörden auch die nötigen Mittel zur wirksamen Strafverfolgung. Im März 2012 hat eine breite Koalition von Schweizer NGOs eine Petition beim Bundesrat mit mehr als 10 000 Unterschriften eingereicht. Mit der Petition fordern sie den Bundesrat auf, eine Spezialeinheit zu schaffen, welche Personen in der Schweiz verfolgt, die Genozid, Folter oder Kriegsverbrechen begangen haben. Die Schweiz hat das «Römer Statut» des internationalen Strafgerichtshofes ICC unterschrieben, ratifiziert und das Schweizer Strafrecht entsprechend angepasst. Damit die Schweiz aber sicherstellen kann, dass das «Römer Statut» seine volle Wirkung entfaltet, braucht es die nötigen Mittel, um Kriegsverbrecher in der Schweiz zu verfolgen.

# Prekäre Situation für Russlands Opposition

**Die Menschenrechtssituation in Russland, insbesondere in den nordkaukasischen Teilrepubliken, bleibt auch unter dem neuen (alten) Staatspräsidenten Wladimir Putin äusserst prekär. Die GfbV arbeitet weiter am weltweit umfangreichsten Videoarchiv über die Geschehnisse während den Tschetschenienkriegen.**

Anfang März 2012 wurde Wladimir Putin zum dritten Mal zum russischen Präsidenten gewählt. Im Vorfeld der Wahlen formierte sich eine starke Protestbewegung in der russischen Zivilgesellschaft. International wohl am meisten Aufmerksamkeit erregte dabei die russische Punk-Rock-Band «Pussy Riot» (vgl. rechts). Der Fall zeigt einmal mehr, dass die Rechtsprechung in Russland willkürlich und politisch motiviert ist. Die GfbV befürchtet, dass sich die Straflosigkeit in Russland unter der neuer-

lichen Regentschaft von Wladimir Putin fortsetzen wird. Schon während seiner früheren Amtszeiten wurden gravierende Menschenrechtsverletzungen nicht geahndet und die Morde an kritischen Medienschaffenden und Menschenrechtsaktivistinnen und -aktivisten nicht aufgeklärt. Zwei Tage nach den Wahlen in Russland hat die GfbV in Bern eine Kundgebung organisiert, an der Nationalrat und Wahlbeobachter Andreas Gross, GfbV-Vorstandsmitglied Josef Lang und der Journalist Roman Berger teilgenommen haben. Nur kurze Zeit nach Putins Amtseinsetzung von Anfang Mai bestätigten sich die Befürchtungen: Die Duma hat Gesetze erlassen, die sich gegen Oppositionelle und Regimekritiker richten. So müssen sich alle NGOs, welche auch aus dem Ausland finanziell unterstützt werden, künftig registrieren und ihre Finanzen kontrollieren lassen. Zudem wurden die Strafbestimmungen für Verleumdung drastisch erhöht; eine Einschränkung der Rede- und Meinungsfreiheit. Und schliesslich soll künftig das Internet stärker überwacht werden.

Die GfbV setzte auch 2012 die Arbeiten am Tschetschenien-Archiv fort – das weltweit umfangreichste Video-Archiv über die Geschehnisse während der Tschetschenienkriege. Das Archivmaterial kann bei der Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen eine wichtige Rolle spielen.

## Militärische Zusammenarbeit mit russischen Nordkaukasus-Truppen

Im Sommer 2012 weilten russische Soldaten zu Ausbildungszwecken im Gebirgsausbildungszentrum in Andermatt. Die GfbV hat Verteidigungsminister Ueli Maurer darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit den russischen Truppen höchst problematisch ist, da die russischen Gebirgsbrigaden, welche in der Schweiz ausgebildet wurden, im nordkaukasischen Kriegsgebiet stationiert sind. Die russischen Streitkräfte im Nordkaukasus gehen äusserst brutal vor. Menschenrechtsverletzungen durch russische Armeeinghörige sind an der Tagesordnung. Unter dem Deckmantel des «Kampfs gegen den Terror» werden mutmassliche Aufständische festgenommen, gefoltert und ohne Gerichtsurteil exekutiert. Verteidigungsminister Ueli Maurer will an der Zusammenarbeit mit russischen Truppen festhalten. Die GfbV verfolgt die schweizerisch-russische Militärzusammenarbeit weiter.



### Europarat fordert Ende der Straflosigkeit

Die Punk-Rock-Band «Pussy Riot» (im Bild) hatte im Februar 2012 die Moskauer Christ-Erlöser-Kathedrale gestürmt und ein Punk-Gebet vorgetragen. Ihre Aktion begründeten die Frauen damit, dass der Patriarch der russisch-orthodoxen Kirche Wladimir Putin im Wahlkampf unterstützte. Zwei Frauen der Band sind für das Punk-Gebet von einem Gericht zu zwei Jahren Straflager verurteilt worden.

Der Fall «Pussy Riot», die Repression gegen die Protestbewegung vor den Wahlen in Russland und die Menschenrechtslage im Nordkaukasus: Vor diesem Hintergrund hat der Europarat im Herbst eine Resolution verabschiedet, mit welcher Russland aufgefordert wird, der Straflosigkeit in Russland ein Ende zu setzen. Der Vorsitzende des russischen Parlaments, der Duma, blieb der Sitzung des Europarates fern, da die «russlandfeindlichen» Elemente im Europarat ihm ohnehin nicht zuhören würden.

# Staudämme wie Belo Monte und Rohstoffhunger bedrohen Indigene Brasiliens

**Das «Programm zur Beschleunigung des Wirtschaftswachstums» (PAC) wird von Brasiliens Präsidentin, Dilma Rousseff, mit voller Kraft vorangetrieben. Damit kommen die Indigenengebiete noch mehr unter Druck. Weitere Staudamm-Projekte wie Belo Monte sind geplant und sollen realisiert werden.**

Das Entwicklungsprogramm PAC umfasst riesige Infrastrukturbauten wie Staudämme und Strassen sowie die verstärkte Nutzung von Erdöl, Erdgas und Metallen wie Gold, Kupfer, Zink oder Nickel. Alleine im Bergbausektor will die brasilianische Regierung bis 2030 rund 350 Milliarden US-Dollar investieren. Die Goldförderung soll von rund 50 Tonnen auf 200 Tonnen pro Jahr gesteigert werden. Das Projekt zur Modernisierung der brasilianischen Wirtschaft

steht aber in starker Konkurrenz zu den Rechten der indigenen Gemeinschaften im Amazonas – denn die Ressourcen, die abgebaut werden sollen, befinden sich zu einem grossen Teil im Amazonasbecken, das von Indigenengemeinschaften bewohnt wird. Die brasilianische Verfassung verbietet zwar heute, in Indigenen-Schutzgebieten Bodenschätze ohne Konsultation abzubauen. Das brasilianische Parlament und verschiedene brasilianische Gerichte haben aber 2012 damit begonnen, diesen Schutz der Indigenengebiete aufzuweichen.

Gemeinsam mit der französischen NGO «Planète Amazone» hat die GfbV Anfang Dezember den Kayapó-Häuptling Raoni nach Europa eingeladen. Am Tag der Menschenrechte haben Raoni und die Häuptlinge Megaron und Bemero in Genf die internationale Völkergemeinschaft eindringlich um Unterstützung in ihrem Kampf für die respektvolle Nutzung der natürlichen Ressourcen im Amazonas gebeten. Durch umstrittene Staudamm-Projekte wie Belo Monte, intensive Landwirtschaft und Rohstoffabbau sind die Lebensgrundlagen der Kayapó und weiterer indigenen Gemeinschaften ernsthaft in Gefahr.



Die Kayapó-Häuptlinge Raoni (Mitte), Megaron (rechts) und Bemero (links) anlässlich der Pressekonferenz vom 10. Dezember im Genf.

Foto: GfbV



### **Rio+20-Gipfel: GfbV fordert binationales Schutzgebiet im brasilianisch-peruanischen Grenzgebiet**

Auch am UNO-Nachhaltigkeitsgipfel in Rio de Janeiro (Brasilien) gab es verschiedene Protestaktionen gegen das Staudamm-Projekt Belo Monte (im Bild). Unter dem Kürzel «Rio+20» fand zwischen dem 20. und 22. Juni 2012 der Nachfolgegipfel des legendären UNO-Umweltgipfels statt, der vor exakt zwanzig Jahren ebenfalls in der brasilianischen Metropole abgehalten wurde.

Auch die GfbV war in Rio de Janeiro präsent: Sie hat unter anderem gemeinsam mit den Indigenenorganisationen COIAB (Brasilien), AIDSESP (Peru) und COICA (Amazonasbecken) einen «Side Event» zum Recht auf das «freie, informierte und vorherige Einverständnis (FIVE)» von indigenen Gemeinschaften durchgeführt. Die Organisationen forderten angesichts des zunehmenden Drucks auf die Indigenengebiete im Amazonas ein binationales Schutzgebiet im brasilianisch-peruanischen Grenzgebiet. Im Vorfeld der Konferenz hat die GfbV den Bericht «Gebrochene Versprechen – düstere Zukunft» veröffentlicht. Der Bericht zeigt die akute Bedrohung der indigenen Bevölkerung durch den stark zunehmenden Rohstoffabbau im brasilianischen Amazonasgebiet auf.

# Schweizerisch-chinesischer Freihandel trotz prekärer Menschenrechtssituation?!

**Seit 2010 verhandelt die Schweiz über ein Freihandelsabkommen mit China. Menschen- und Minderheitenrechte drohen dabei vergessen zu gehen. Derweil verschlechterte sich 2012 die Situation der politischen Opposition, der Tibeter und der Uiguren.**

Eine Koalition von mehreren Schweizer Nicht-regierungsorganisationen («China-Plattform») hat seit Beginn der Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und China gefordert, dass die Schweiz auf griffige Menschenrechtsklauseln im Abkommen besteht. Damit soll sichergestellt werden, dass keine Güter, welche in Zwangsarbeitslagern oder durch Kinderarbeit produziert worden

sind, auf dem Schweizer Markt durch das Freihandelsabkommen besser gestellt sind. Zudem soll die Schweiz im Fall von Verstössen gegen fundamentale Menschenrechte in China Massnahmen ergreifen können. Die «China-Plattform» hat 2012 eine Petition lanciert, welche vom Bundesrat die Festschreibung von verbindlichen Menschenrechtsklauseln im Freihandelsabkommen fordert.



Foto: Lingjing Bao, Talk Radio News

In China bestehen nach wie vor mehr als Tausend Zwangsarbeitslager, in denen schätzungsweise drei bis fünf Millionen Häftlinge schuften. Viele von ihnen sind politische Häftlinge. Im September informierte der chinesische Dissident Harry Wu die Schweizer Öffentlichkeit über die Situation in den chinesischen Arbeitslagern. Harry Wu (Bild links), der unter anderem auf Einladung der GfbV in der Schweiz weilte, war selber während 19 Jahren in verschiedenen Arbeitslagern interniert.

## **Repression gegen Künstler und Schriftsteller**

Die Verschleppung des Künstlers Ai Weiwei im Jahr 2011 war nur die Spitze des Eisberges der chinesischen Repression gegen politische Oppositionelle, Schriftsteller und Künstler. Im März 2012 veröffentlichte die GfbV Deutschland den umfangreichen Hintergrundbericht «Staatsfeind Schriftsteller». Der Bericht kommt zum Schluss, dass unter den Inhaftierten überdurchschnittlich viele Tibeter, Uiguren und Mongolen sind. Von den 54 inhaftierten Schriftstellern gehören 28 einer chinesischen Minderheit an. Die regimekritischen Schriftsteller wurden in «Unrechtsprozessen» zu längjährigen Haftstrafen verurteilt: Ende Januar 2012 wurde beispielsweise der Poet Zhu Yufu wegen eines Gedichts zu sieben Jahren Haft und anschliessendem dreijährigen Entzug aller politischen Rechte verurteilt. Der Uigure Nurmuhemmet Yasin muss zehn Jahre ins Gefängnis, weil sich Chinas Machthaber durch seine Fabel verunglimpft fühlen. Und der Tibeter Kunchok Tsephel verbüsst 15 Jahre Haft für einen Essay, in welchem er die Herrschaft Chinas über den Tibet kritisiert.

### **Dramatische Zunahme der Selbstverbrennungen in Tibet**

Die chinesische Repression im Tibet hat 2012 stark zugenommen. Rund um das tibetische Neujahrsfest im Februar hat das chinesische Regime die Sicherheitsvorkehrungen im Tibet massiv verstärkt. Im Vorfeld des Neujahrsfestes hatte der Premierminister der tibetischen Exilregierung, Lobsang Sangay, die Tibeter dazu aufgerufen, am tibetischen Neujahrsfest nicht zu feiern, sondern den Verfolgten und den Opfern der Selbstverbrennungen zu gedenken. Im Mai, kurz vor dem Europa-Besuch des Dalai Lama, hat die GfbV einen Hintergrundbericht zur Menschenrechtssituation im Tibet veröffentlicht.

2012 hat es eine eigentliche Welle von Selbstverbrennungen gegeben. Mehrere Dutzend Tibeter fanden durch Selbstverbrennungen den Tod. Die Tibeter wählen diese drastische Form des Protests, um auf die dramatische Situation im Tibet aufmerksam zu machen. Die massive Zunahme macht deutlich, wie hoffnungslos viele Tibeter die Lage empfinden. Die chinesischen Sicherheitskräfte reagieren auf die politisch motivierten Selbsttötungen mit Repression: Angehörige der Opfer werden verhört und eingeschüchert, damit diese nicht öffentlich über die Hintergründe der Selbsttötungen reden. Teilweise wurde den Opfern auch Geld angeboten, damit sie über die Motive der Selbstverbrennungen schweigen. Wer Informationen über Selbstverbrennungen weitergibt, riskiert, bestraft zu werden.

### **Burma: Prekäre Situation für Rohingya**

Im Juni 2012 eskalierte in Burma der ethnische Konflikt zwischen den muslimischen Rohingya und den buddhistischen Rakhine. Zehntausende Menschen ergriffen seither die Flucht. Die Rohingya sind dabei übermäßig oft Opfer von Gewalt und Diskriminierungen – auch staatliche Stellen sind an Menschenrechtsverletzungen und Gewaltanwendung gegen die Rohingya beteiligt.

Die GfbV warnte 2012 davor, die internationalen Sanktionen gegen Burma aufzuheben – unter anderem Mitte Juni anlässlich der Rede der Friedensnobelpreisträgerin und Oppositionspolitikerin Aung San Suu Kyi vor der internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf. Die GfbV anerkennt zwar, dass in Burma erste Schritte zu einer Demokratisierung unternommen wurden. Dennoch ist Burma noch weit davon entfernt, eine echte Demokratie zu sein. Zwangsarbeit ist noch immer weit verbreitet. Die Rohingya werden nach wie vor diskriminiert und sind Bewohner zweiter Klasse: Ihnen wird die Staatsbürgerschaft verweigert.

# Kampf gegen die Diskriminierung der Roma

**Die Roma, Ashkali und Ägypter (RAE) sind eine der am stärksten diskriminierten Volksgruppen Europas. Sehr ausgeprägt sind die Diskriminierungen auch im Kosovo. Aber nicht nur dort.**

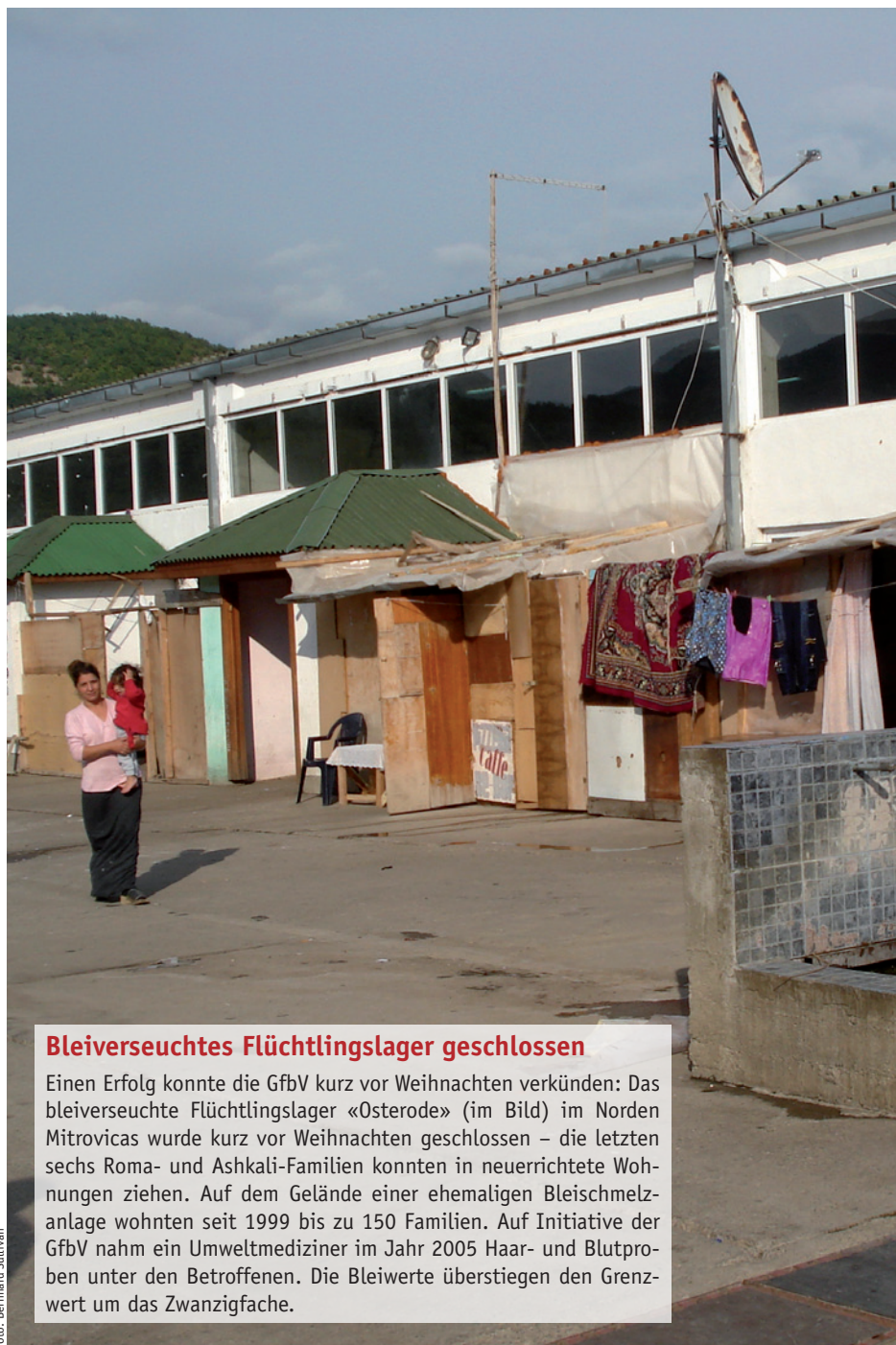
Armut ist im Kosovo weit verbreitet – besonders unter den Roma, Ashkali und Ägyptern (RAE). Diskriminierungen der RAE sind an der Tagesordnung und betreffen fast alle Lebensbereiche. Die Analphabetenrate ist extrem hoch, die Wohnverhältnisse sind prekär. Immer wieder gibt es Übergriffe auf Roma. Zudem ist der

Zugang zum Sozial- und Gesundheitswesen stark eingeschränkt. Bei nationalen und internationalen Förderprogrammen werden die Roma meist nicht selbst angehört. Hier setzt das Projekt der GfbV im Kosovo an: Die junge Generation der Roma soll durch gezieltes Empowerment und «Capacity Building» dazu befähigt werden, Strukturen und Netzwerke aufzubauen, um ihre Rechte selbst einfordern zu können.

Die Roma werden aber auch in der Schweiz diskriminiert: Das Bundesamt für Migration (BFM) strich letzten Sommer Staatsangehörigen aus «visumsbefreiten europäischen Ländern» das Taschengeld und begründete dies gegenüber der Neuen Luzerner Zeitung so: «Das ist eine Massnahme, um die Roma zu einer möglichst raschen Rückreise zu bewegen.» Das BFM hat sich nach einer Intervention der GfbV von dieser Aussage distanziert. Doch die ursprüngliche Aussage dürfte kaum ein Missverständnis gewesen sein: Denn faktisch betrifft die Streichung des Taschengeldes nämlich vor allem Asylsuchende aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina – die meisten von ihnen sind Roma.

2008 hat die Schweiz den Kosovo als eines der ersten Länder offiziell als unabhängigen Staat anerkannt. Seit 2009 gilt der Kosovo zudem als «sicheres Land». Roma aus dem Kosovo haben seither keine Chance mehr, in der Schweiz bleiben zu können. Die Behörden schaffen Roma auch unter Zwang aus – ganz im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern. Im Januar 2012 lud die GfbV vor dem Hintergrund der verschärften Rückführungspraxis zu einer Podiumsdiskussion über die Zumutbarkeit von Wegweisungen von asylsuchenden Roma aus dem Kosovo. Aufgrund der vielfältigen Diskriminierungen der Roma und der Perspektivenlosigkeit forderte 2012 die GfbV die Schweizer Behörden erneut auf, von der zwangsweisen Rückschaffung von Roma abzusehen.

Die GfbV setzte sich auch gegen einen diskriminierenden Artikel der Schweizer «Weltwoche» zur Wehr. Anfang April titelte die Zeitschrift «Die Roma kommen: Raubzüge in die Schweiz» und zeigte ein Bild auf der Frontseite mit einem Roma-Kind, das eine Pistole auf den Betrachter gerichtet hat. Die Weltwoche verwendete das Bild sinnentstellend und wahrheitsverändernd: Der italienische Fotograf Livio Mancini hatte 2008 spielende Kinder auf einer Mülldeponie am Stadtrand von Gjakova im Kosovo fotografiert. Er wollte die unhaltbare Situation von Roma im Kosovo zeigen.



### **Bleiverseuchtes Flüchtlingslager geschlossen**

Einen Erfolg konnte die GfbV kurz vor Weihnachten verkünden: Das bleiverseuchte Flüchtlingslager «Osterode» (im Bild) im Norden Mitrovicas wurde kurz vor Weihnachten geschlossen – die letzten sechs Roma- und Ashkali-Familien konnten in neuerrichtete Wohnungen ziehen. Auf dem Gelände einer ehemaligen Bleischmelzanlage wohnten seit 1999 bis zu 150 Familien. Auf Initiative der GfbV nahm ein Umweltmediziner im Jahr 2005 Haar- und Blutproben unter den Betroffenen. Die Bleiwerte überstiegen den Grenzwert um das Zwanzigfache.

# Schweizer Konzerne an die Leine!

**Immer wieder geraten Schweizer Unternehmen in die Schlagzeilen, weil sie durch ihre Tätigkeit im Ausland Menschenrechtsverletzungen begehen respektive begünstigen oder die Umwelt verschmutzen. Die GfbV fordert deshalb klare Regeln für Schweizer Unternehmen.**

## **Das Recht darf keine Grenzen kennen!**

Mit der Kampagne «Recht ohne Grenzen» fordert die GfbV mit einer breiten Koalition von NGOs klare Regeln für Schweizer Konzerne. Freiwillige Initiativen zur sozialen und ökologischen Verantwortung von Unternehmen können Verstösse gegen die Menschenrechte und die Zerstörung der Umwelt nicht verhindern. Deshalb muss die Selbstregulierung mit einem rechtsverbindlichen Rahmen weiter entwickelt

werden. Mit einer Petition, welche im Juni 2012 mit mehr als 135 000 Unterschriften eingereicht wurde, fordert «Recht ohne Grenzen» Bundesrat und Parlament auf, dafür zu sorgen, dass Schweizer Konzerne die Menschenrechte und die Umwelt weltweit respektieren müssen.

## **Rohstoffmulti: Gefahr für die Menschenrechte**

Immer wieder in der Kritik stehen Schweizer Rohstofffirmen. In der Debatte um die Fusion der beiden Rohstoffgiganten Glencore und Xstrata machte die GfbV gemeinsam mit weiteren NGOs auf die Situation in Xstrata-Minen aufmerksam – unter anderem in der peruanischen Provinz Espinar. Dort betreibt eine Xstrata-Tochterfirma eine Kupfer- und Goldmine. Rund um die Mine ist das Trinkwasser mit Schwermetallen verschmutzt. Der Protest der lokalen Bevölkerung wird auch gewaltsam unterdrückt – bei den Auseinandersetzungen Ende Mai 2012 starben zwei Personen. Die GfbV befürchtet, dass durch die Fusion das Ungleichgewicht zwischen den Akteuren zunimmt und es noch schwieriger wird, die Menschenrechte der Bevölkerung und die Umwelt zu schützen.



Foto: GfbV

## **GfbV startet Kampagne «No dirty Gold!»**

Im Dezember hat die GfbV ihre Kampagne «No dirty Gold!» gestartet. Die Kampagne richtet sich gegen «schmutziges Gold» – Gold, bei dessen Abbau die Menschenrechte verletzt und die Umwelt verschmutzt werden. Schmutziges Gold landet auch in der Schweiz. Die Schweiz spielt im internationalen Goldgeschäft eine zentrale Rolle: Vier der neun weltweit grössten Raffinerien befinden sich in der Schweiz. Rund ein Drittel des weltweit geförderten Goldes wird in einer Schweizer Gold-Raffinerie verarbeitet. Unter anderem mit einer Petition fordert die GfbV, dass nur noch Gold in die Schweiz importiert und verarbeitet werden darf, welches unter Einhaltung der Menschenrechte und von Umweltstandards abgebaut wurde.



## Leistungsbericht Finanzen

Die Haupttätigkeit der GfbV besteht aus Informations-, Kampagnen- und Projektarbeit. Die GfbV führt nur ausnahmsweise humanitäre Projekte durch. Für die Durchführung ihrer Arbeit ist die GfbV auf eine genügend grosse Anzahl von Mitgliedern und Spenderinnen und Spendern angewiesen. Im Jahre 2012 hat die GfbV insgesamt 511 419,50 Franken in die Mittelbeschaffung investiert. Die Mitgliederwerbung – eine wichtige Massnahme zur Mittelbeschaffung – dient gleichzeitig der Sensibilisierung der Öffentlichkeit gemäss Vereinszweck. Neue Mitglieder werden vor allem mit Standaktionen auf der Strasse angeworben. Ende 2012 hatte die GfbV rund 12 000 aktive Mitglieder. Dies entspricht einer leichten Abnahme gegenüber dem Vorjahr.

Der Vorstand traf sich 2012 sechs Mal und leistete insgesamt rund 250 unentgeltliche Stunden für die GfbV.

Bei der GfbV arbeiteten zwölf festangestellte Personen, eine davon eine Lernende bzw. ein Lernender. Bis zu vier Personen waren zweckgebunden durch eine Stiftung finanziert:

	2012	2011
Personalaufwand in CHF	839 318.15	615 390.47
Stellenprozentage GfbV (Ende Jahr)	880 %	920 %
Anzahl Mitarbeitende	12	11

Im Verlaufe des Jahres 2012 haben neun Praktikantinnen und Praktikanten in der Regel jeweils sechs Monate zu 60 bis 80 % für die GfbV gearbeitet. Dies entspricht rund 4000 Stunden Freiwilligenarbeit. Die umfangreiche Arbeit der GfbV kann nicht geleistet werden ohne den wertvollen Einsatz unserer zahlreichen Praktikantinnen und Praktikanten. Diese werden lediglich mit einer Spesenentschädigung in der Höhe eines Monats-Generalabonnements entlohnt.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz ist die Schweizer Sektion der Gesellschaft für bedrohte Völker International. Der Vereinszweck der GfbV Schweiz ist in Übereinstimmung mit der Zielsetzung der GfbV International. Im Jahre 2012 verzichtete die GfbV International auf den Mitgliederbeitrag von 12 000 Franken (10 000 Euro). Weitere Sektionen der GfbV International bestehen in Deutschland, in Österreich, in Südtirol/Italien, in Bosnien-Herzegowina und im Nordirak. In verschiedenen weiteren Ländern hat die GfbV Repräsentantinnen und Repräsentanten.

Die Kampagnen und Projekte wurden im ersten Teil dieses Jahresberichts ausführlich beschrieben.

Die GfbV bedankt sich an dieser Stelle bei allen Mitgliedern, Spenderinnen und Spendern, bei den Stiftungen und der öffentlichen Hand für die grosszügige Unterstützung. Ohne sie alle wäre unsere Arbeit nicht möglich – herzlichen Dank! Dem Vorstand, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Praktikantinnen und Praktikanten möchte die GfbV zudem ein herzliches Dankeschön aussprechen für ihren unermüdlichen Einsatz für die Menschenrechte!

## Bilanz per 31.12.2012

<b>AKTIVEN</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Flüssige Mittel	91 051.66	260 075.24
Forderungen	24 296.70	78 940.31
Aktive Rechnungsabgrenzung	7 425.60	145 550.30
<b>Total Umlaufvermögen</b>	<b>122 773.96</b>	<b>484 565.85</b>
<b>Total Anlagevermögen</b>	<b>22 500.00</b>	<b>12 500.00</b>
<b>Total Aktiven</b>	<b>145 273.96</b>	<b>497 065.85</b>

<b>PASSIVEN</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Kurzfristiges Fremdkapital	464 827.11	64 780.75
Passive Rechnungsabgrenzung	33 868.00	8 162.05
Langfristiges Fremdkapital	50 000.00	71 090.10
<b>Total Fremdkapital</b>	<b>548 695.11</b>	<b>144 032.90</b>
<b>Total Fondskapital</b>	<b>51 757.79</b>	<b>209 772.71</b>
Organisationskapital	143 260.24	83 766.49
Jahresgewinn (+)/Jahresverlust (-)	-598 439.18	59 493.75
<b>Total Eigenkapital</b>	<b>-455 178.94</b>	<b>143 260.24</b>
<b>Total Passiven</b>	<b>145 273.96</b>	<b>497 065.85</b>

## Erfolgsrechnung 1.1. – 31.12.2012

<b>ERTRAG</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Verkaufsertrag	2 395.00	3 393.80
Mitgliederbeiträge und Spenden	848 315.48	944 029.99
Fundraisingerträge	602 390.29	285 561.00
Beiträge von Organisationen und öff. Hand	387 556.80	564 299.84
übriger Ertrag	0.00	362.95
Ertragsminderung	0.00	2.90
<b>Total Ertrag</b>	<b>1 840 657.57</b>	<b>1 797 650.48</b>

<b>AUFWAND</b>	<b>2012</b>	<b>2011</b>
Kampagnen und Projekte	953 730.32	573 882.58
Personalaufwand	393 906.11	615 390.47
Verwaltungsaufwand	90 676.69	242 322.25
Mittelbeschaffungsaufwand	511 419.50	177 511.70
Finanzerfolg	4 453.49	4 703.95
Abschreibungen	21 869.70	12 437.22
Fondsergebnis	-158 014.92	54 486.15
<b>Total Aufwand</b>	<b>1 818 040.89</b>	<b>1 680 734.32</b>
<b>Ordentliches Betriebsergebnis (Gewinn +/Verlust -)</b>	<b>22 616.68</b>	<b>116 916.16</b>
<b>Ergebnis ausserordentlicher Erfolg</b>	<b>-621 055.86</b>	<b>-57 422.41</b>
<b>Jahresgewinn (+)/-verlust (-)</b>	<b>-598 439.18</b>	<b>59 493.75</b>

## Rechnung über die Veränderung des Kapitals 2012

	Anfangs- bestand	Erträge zweckge- bunden	Erträge freie Mittel GfBV	Interne Fonds- transfers	Verwendung (Aufwand)	Zugang/ Abgang	Endbestand
<b>Mittel aus Eigenfinanzierung</b>							
Organisationalskapital	143 260,24				-598 439,18		143 260,24
Jahresergebnis							-598 439,18
<b>Total Organisationskapital</b>	<b>143 260,24</b>						<b>-455 178,94</b>
<b>Mittel aus Fondskapital</b>							
Fonds Forum Tschetschenien <sup>1</sup>	16 078,77				-16 078,77	-16 078,77	0,00
Fonds Kongo <sup>2</sup>	31 852,99			7 720,06	-31 034,14	-23 314,08	8 538,91
Fonds Kurdistan – WADI	79 936,04				-79 936,04	-79 936,04	0,00
Fonds Archiv Tschetschenien <sup>2</sup>	59 996,70			409,60	-38 873,67	-38 464,07	21 532,63
Fonds San <sup>1</sup>	1 493,00				-1 493,00	-1 493,00	0,00
Fonds Capacity-Building TAMILNADU	0,00	21 686,25				21 686,25	21 686,25
Fonds Roma <sup>3</sup>	2 120,30				-2 120,30	-2 120,30	0,00
Fonds TAMILNADU	635,90				-635,90	-635,90	0,00
Fonds Minderheiten China <sup>3</sup>	2 227,25				-2 227,25	-2 227,25	0,00
Fonds Fahrende/Jemische <sup>3</sup>	315,40				-315,40	-315,40	0,00
Fonds FPIC <sup>3</sup>	916,00				-916,00	-916,00	0,00
Fonds Russland Straflosigkeit <sup>3</sup>	6 490,00				-6 490,00	-6 490,00	0,00
Fonds Roundtable <sup>1</sup>	7 710,36				-7 710,36	-7 710,36	0,00
<b>Total zweckgebundene Fonds</b>	<b>209 772,71</b>	<b>21 686,25</b>	<b>0,00</b>	<b>8 129,66</b>	<b>-187 830,83</b>	<b>-158 014,92</b>	<b>51 757,79</b>

<sup>1</sup> Diese zweckgebundenen Fonds wurden per 31.12.2012 aufgelöst, da die Projekte bereits in den Vorjahren abgeschlossen und abgerechnet worden sind oder deren Zweck nicht mehr erfüllt werden kann.

<sup>2</sup> Diese zweckgebundenen Fonds wurden bereinigt, so dass die effektiven zweckgebundenen Beträge von externen Geldgebern ausgewiesen werden. Die Projekte werden im Jahr 2013 weitergeführt.

<sup>3</sup> Diese Fonds aus eigenen Mitteln wurden per 31.12.2012 aufgelöst.

# Anhang zur Jahresrechnung 2012 (gekürzt)

## Allgemeine Rechnungslegungsgrundsätze

Die Rechnungslegung der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) erfolgt in Übereinstimmung mit den Fachempfehlungen zur Rechnungslegung (Swiss GAAP FER) und dem schweizerischen Obligationenrecht. Die Jahresrechnung vermittelt ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage.

## Änderung der Stetigkeit der Darstellung und Bewertung

Zukünftige Mitgliederbeiträge wurden, im Gegensatz zu den Vorjahren, nicht mehr abgegrenzt. Die Verbuchung erfolgt am Datum des Eingangs.

Erstmals wurden die aufgelaufenen Überstunden und Ferienguthaben bewertet und abgegrenzt.

## Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Buchhaltung wird in Schweizer Franken geführt. Grundsätzlich gilt das Anschaffungs- bzw. Herstellkostenprinzip. Dieses richtet sich nach dem Grundsatz der Einzelbewertung von Aktiven und Passiven.

## Kommentare Bilanz

### Forderungen

Die Position Forderungen beinhaltet ein Guthaben gegenüber einer Fundraisingagentur von 23 981,30 Franken.

### Aktive Rechnungsabgrenzung

Die «Aktive Rechnungsabgrenzung» beinhaltet im wesentlichen Forderungen gegenüber Sozialversicherungen.

### Anlagevermögen

Das Anlagevermögen umfasst die Büroeinrichtung und EDV-Anlage. Abgeschrieben wird jeweils 50 % des Buchwertes. Die Aktivierungsgrenze liegt bei 3000 Franken. Der Brandversicherungswert der Sachanlagen beträgt 100 000 Franken (Vorjahr: 100 000 Franken).

### Kurzfristiges Fremdkapital

	31.12.2012	31.12.2011
Diverse Kreditoren	86 935.43	44 600.15
Verpflichtungen gegenüber Fundraising-Agenturen	367 590.88	0.00
Verpflichtungen gegenüber Sozialversicherungen	10 300.80	20 180.60
<b>Total</b>	<b>464 827.11</b>	<b>64 780.75</b>

«Verpflichtungen gegenüber Fundraisingagenturen» beinhaltet Schulden aus den Jahren 2010, 2011 und 2012. Die Schulden aus den Jahren 2010 und 2011 wurden in den Vorjahren nicht bilanziert.

### Passive Rechnungsabgrenzung

	31.12.2012	31.12.2011
Transitorische Passiven	5 000.00	8 162.05
Überstundenguthaben	28 868.00	0.00
<b>Total</b>	<b>33 868.00</b>	<b>8 162.05</b>

### Bürgschafts-/Garantie-/Leasingverbindlichkeiten

Am Bilanzstichtag bestehen keine solchen Verbindlichkeiten.

### Entschädigungen an leitende Organe

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten weder Sitzungsgelder noch Honorare.

## Verbindung zu nahestehenden Organisation und Personen

Die GfbV Schweiz ist eine Sektion der GfbV International mit Sitz in Göttingen (D). Verbindungen zu anderen Organisationen bestehen nicht.

Die von Vorstands- und Geschäftsleitungsmitgliedern gewährten Darlehen in der Höhe von insgesamt 65 000 Franken, welche per 31.12.2011 bestanden, wurden im Jahr 2012 zurückbezahlt. Ende 2012 wurden neue Darlehen des gleichen Personenkreises im Umfang von 50 000 Franken gewährt.

## Kommentare Erfolgsrechnung

### Beiträge von Organisationen und Stiftungen

Green Cross, Projekt WADI	152 600.00
Fondations pro Victimis, Tschetschenien-Archiv	101 100.00
Ernst Göhner Stiftung, Capacity-Building TAMIL	10 000.00

### Beiträge der öffentlichen Hand

Bundesamt für Sozialversicherungen, Capacity-Building TAMIL	7 000.00
Lotteriefonds des Kantons Bern, Capacity-Building Roma	20 000.00

### Verwaltungsaufwand: GfbV International

Die GfbV International verzichtete auf den Mitgliederbeitrag 2012 von 10 000 € (Vorjahr: 10 000 €) resp. rund 12 000 Franken.

### Ausserordentlicher Erfolg

	2012	2011
Ausserordentlicher Ertrag	0.00	14 724.55
Ausserordentlicher Aufwand	-44 802.86	-72 146.96
Stornierte Mitgliederbeiträge/Spenden Vorjahre	-30 285.35	0.00
Aufwand Standaktionen Vorjahre	-253 944.91	0.00
Ausserordentlicher Aufwand Unregelmässigkeiten	-292 022.74	0.00
<b>Total</b>	<b>-621 055.86</b>	<b>-57 422.41</b>

Der ausserordentliche Aufwand enthält Fehlbuchungen aus dem Vorjahr und periodenfremder Aufwand.

Auf das Konto «Stornierte Mitgliederbeiträge/Spenden Vorjahre» wurden nicht mehr einbringbare und falsch verbuchte Mitgliederbeiträge und Spenden aus den Vorjahren verbucht.

«Aufwand Standaktionen Vorjahre»: Provisionen an Fundraisingagenturen aus den Jahren 2010 und 2011. Die Provisionen waren in den Vorjahren nicht als Aufwand erfasst.

Auf das Konto «Ausserordentlicher Aufwand Unregelmässigkeiten» wurden nicht geschäftsmässig begründeter Aufwand und Bezüge verbucht.

## Situation Verein

Im Dezember 2012 mussten wir leider feststellen, dass ein ehemaliger Mitarbeiter mutmasslich einen hohen Betrag veruntreut hat. Mitte Dezember 2012 wurde bei der Staatsanwaltschaft Bern eine Klage eingereicht. Durch die Veruntreuung ist die Gesellschaft für bedrohte Völker in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Ein Sanierungsplan wurde in der Folge erarbeitet und umgesetzt. Leider waren wir auch gezwungen, Stellen nicht mehr neu zu besetzen, Pensen zu reduzieren und eine Entlassung auszusprechen. Dank der grosszügigen Unterstützung unserer Mitglieder- und Sympathisantinnen und Sympathisanten durch Spenden und Darlehen und dem Entgegenkommen der Gläubiger ist es uns inzwischen gelungen, die Liquidität sicherzustellen. Die Fortführung ist deshalb trotz der Überschuldung nicht gefährdet.

Die vollständige Jahresrechnung mit den Revisionsbericht kann bei der GfbV bestellt oder auf der Website [www.gfbv.ch/de/uber\\_uns/jahresbericht](http://www.gfbv.ch/de/uber_uns/jahresbericht) heruntergeladen werden.

# Team 2012

**Christoph Wiedmer**, Geschäftsleiter

**Marcel Bärtschi**, Leiter Finanzen und Dienste, Mitglied der Geschäftsleitung (bis Oktober 2012)

**Erika Lerch**, Leiterin Finanzen und Dienste, Mitglied der Geschäftsleitung (ab November 2012)

**Angela Mattli**, Leiterin Kampagnen und Projekte, Mitglied der Geschäftsleitung (abwesend von März bis Ende September 2012)

**Franziska Stocker**, Leiterin Kommunikation, Mitglied der Geschäftsleitung (bis August 2012)

**Reto Moosmann**, Leiter Kommunikation, Mitglied der Geschäftsleitung (ab September 2012)

**Valjentina Ademi**, Auszubildende Finanzen und Dienste (bis Juli 2012)

**Ruslan Bazgiev**, Mitarbeiter Tchetchen Archive

**Christian Bosshard**, Mitarbeiter Kommunikation

**Shoma Chatterjee Kilchhofer**, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte

**Nina Frei**, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte (ab Oktober 2012)

**Zainap Gashaeva**, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte

**Anna Leissing**, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte (Vertretung für Angela Mattli, April bis Ende September 2012)

**Elizabeth Ndungi Fräfel**, Mitarbeiterin Finanzen und Dienste (abwesend ab Mitte Oktober)

**Dominic Rudolf**, Auszubildender Finanzen und Dienste (ab August 2012)

**Lisa Schirinzi**, Mitarbeiterin Finanzen und Dienste (Vertretung für Elizabeth Ndungi Fräfel, ab November 2012)

**Eva Schmassmann**, Mitarbeiterin Kampagnen und Projekte

**Zsuzsanna Zadori**, Mitarbeiterin Tchetchen Archive (ab September 2012)

## Ein herzliches Dankeschön!

Die GfBV dankt all den Personen ganz herzlich, welche bei der GfBV im Rahmen eines Praktikums oder als Freiwillige mitgearbeitet haben. Die Arbeit auf der Geschäftsstelle der GfBV unterstützt haben: Nicolai Räber, Lea Hürlimann, Angela Lindt, Alexandra Gavilano, Carmen Santana Dos Santos, Michel Dängeli, Katharina Stöckli, Jessica Fuchs und Marianne Naeff.

# Vorstand 2012

**Ruth-Gaby Vermot-Mangold**, Präsidentin  
Ehemalige National- und Europarätin, Ethnologin

**Göpf Berweger**, Vize-Präsident  
Ökonom, Gründungsmitglied GfbV

**Sonja Beeli-Zimmermann**  
Projektleiterin Gerster Consulting, lic.phil.hum.

**Remo Gysin (bis Mai 2012)**  
Ehemaliger Nationalrat

**Thomas Huonker**  
Historiker, Ethnologe

**Josef Lang**  
Ehemaliger Nationalrat, Historiker

**Sybille Oetliker (ab Mai 2012)**  
Lic. phil. hist., Journalistin, ehemalige Bundeshaus- und Nahostkorrespondentin

**Paolo Wegmüller**  
Finanzberater

**Urs Zschokke**  
pensionierter Hausarzt

## Mit der GfbV – für die Menschenrechte

Die Gesellschaft für bedrohte Völker GfbV ist eine Menschenrechtsorganisation, die sich für verfolgte Minderheiten und indigene Völker einsetzt. Die GfbV informiert und sensibilisiert die Öffentlichkeit in Menschenrechtsfragen und nimmt die Interessen von Betroffenen gegenüber Behörden und Entscheidungsträgern wahr. Sie unterstützt nachhaltige, lokale Bemühungen zur Stärkung der Menschen- und Minderheitenrechte.

Die thematischen Schwerpunkte der GfbV liegen beim Kampf gegen die Straflosigkeit und gegen die Auswirkungen von Rohstoffabbau auf indigene Völker und Minderheiten sowie beim Engagement für die Rechte von ethnischen Minderheiten.

Die GfbV Schweiz ist Mitglied der GfbV International. Als deren Mitglied hat sie beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der UNO in Genf und beim Europarat in Strassburg. Die GfbV Schweiz ist institutionell unabhängig, arbeitet aber nach den Grundsätzen der GfbV International.

## Werden Sie aktiv – unterstützen Sie uns!

Unser Engagement ist nicht möglich ohne Ihre Unterstützung. Mit Ihrer Mitgliedschaft oder mit Ihrer Spende unterstützen wir Minderheiten und indigene Völker in aller Welt. Herzlichen Dank!

## Impressum

**Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker Schweiz, Schermenweg 154, 3072 Ostermundigen,

Tel: +41 (0)31 939 00 00, Fax +41 (0)31 939 00 19, E-Mail: [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch), Web: [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)

**Spendenkonto:** Berner Kantonalbank BEKB: IBAN CH05 0079 0016 2531 7232 1

**Redaktion:** Reto Moosmann, Erika Lerch **Layout:** Reto Moosmann